

Debatte rund um den Mutter-Kind-Pass

Aufregung um drohenden vertragsfreien Zustand.

WIEN – Die Bundeskurie der niedergelassenen Ärzte in der Ärztekammer hat einen Beschluss gefasst, wonach die Kündigung des Mutter-Kind-Passes als Kassenleistung mit Jahresende ausgesprochen werde, wenn es bis dahin keine Einigung geben sollte. Damit würde ein vertragsloser Zustand eintreten und die Mediziner würden die im Pass angeführten Untersuchungen nicht mehr als Kassenleistung anbieten. Die Leistungen müssten dann ab März privat bezahlt werden und könnten nur teilweise von der Krankenversicherung rückvergütet werden.

Die Opposition rief am 10. November alle Verantwortlichen zu einer Verhandlungslösung auf und bekräftigte, dass die Leistungen erhalten bleiben müssen. Familienministerin Susanne Raab (ÖVP) versicherte unterdessen, dass die Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen kostenfrei bleiben werden.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philip Kucher zeigte sich über diese Entwicklung fassungslos. „Der Mutter-Kind-Pass

hat die Kinder- und Müttersterblichkeit massiv verringert. Anstatt die versprochene Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes endlich umzusetzen, steht nun sogar die kostenlose Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern am Spiel. Das ist das traurige Ergebnis des Stillstands in der türkis-grünen Gesundheitspolitik“, kritisierte Kucher in einer Aussendung.


NEOS-Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler forderte ebenfalls alle Beteiligten auf, rasche Lösungen zu finden. „Ein Ende des Mutter-Kind-Passes ist keine Option. Die ärztliche Versorgung muss auch weiterhin sichergestellt sein“, betonte Fiedler.

Kalmierung verunsicherter Eltern

Volkshilfe-Direktor Erich Fenninger warnte, dass ein Ende des Mutter-Kind-Passes vor allem für Armutsbetroffene ein erhöhtes Gesundheitsrisiko bedeuten würde. Für viele wären diese Untersuchungen privat nicht leistbar. Fenninger forderte stattdessen eine Auswei-

tung der Leistungen. Es brauche eine Ausweitung des Mutter-Kind-Passes bis zum 18. Lebensjahr und die Aufnahme von Mund-/Zahngesundheit in den Mutter-Kind-Pass.

Familienministerin Susanne Raab (ÖVP) versuchte hingegen zu beruhigen. Die Untersuchungen des Mutter-Kind-Passes bleiben weiterhin kostenfrei, versicherte sie am Mittwochabend bei den Beratungen zum Familienbudget im Budgetausschuss des Parlaments. Die Verhandlungen befänden sich in der finalen Phase, bekräftigte Raab frühere Angaben des Gesundheitsministeriums.

Auch die Familien- und Gesundheitssprecher der Grünen, Barbara Neßler und Ralph Schallmeiner, versicherten in einer Aussendung, dass der Mutter-Kind-Pass keineswegs vor dem Aus stehe. Ganz im Gegenteil – man befinde sich in intensiven Gesprächen. 

Quelle: www.medinlive.at

Unabhängige Arzneimittelproduktion in Österreich

Höhere Kosten von 64 Prozent in Kauf genommen.



WIEN – Der Anteil der Österreicher, die eine stärkere Unabhängigkeit Österreichs in der Medikamentenproduktion als wichtig empfinden, liegt bei über 90 Prozent. Damit verbundene höhere Kosten für das österreichische Gesundheitssystem halten knapp zwei Drittel für vertretbar. Das zeigen aktuelle Ergebnisse der zweiten Befragungswelle des Austrian Health Report.


Die Österreicher zeigen hohes Vertrauen in die heimische Produktion von Medikamenten. 65 Prozent haben in Österreich bzw. der EU hergestellte Medikamente mehr Vertrauen als in solche aus anderen Herstellungsländern (Asien etc.).

Senioren für unabhängige Medikamentenproduktion

Eine funktionierende Medikamentenversorgung ist von großer Bedeutung für die Gesundheit der Bevölkerung und das Funktionieren der Gesellschaft. Eignigkeit herrscht in Österreich zur Frage der Notwendigkeit von Maßnahmen, um unabhängiger von Medikamentenlieferungen aus dem internationalen Ausland zu sein: Unabhängig von Geschlecht, Wohnort oder Bildung messen die Befragten diesem Aspekt ent-

sprechende Wichtigkeit bei: 91 Prozent aller Befragten erachten es als sehr/eher wichtig. Nur beim Alter zeigen sich bezüglich der Relevanz Unterschiede: In der Generation 60+ sind 77 Prozent überzeugt, dass Maßnahmen zur Sicherung der Unabhängigkeit sehr wichtig sind (20 Prozent halten diese für eher wichtig), bei den unter 30-Jährigen befinden sich 41 Prozent solche Maßnahmen für sehr wichtig (44 Prozent eher wichtig).

Höhere Kosten akzeptiert

Eine österreichische Produktion kann mit höheren Herstellungskosten verbunden sein und erhöht damit die Kosten für das Gesundheitssystem. Das halten 64 Prozent aller Befragten für durchaus vertretbar. Wolfgang Andiel, Head External Affairs, Public Affairs and Market Access, Sandoz, unterstreicht: „In Krisenzeiten wächst das Risiko einer Abhängigkeit Österreichs und der EU von ausländischen Anbietern – heimische bzw. europäische Produktionsstätten sind damit wichtiger denn je!“ 

Quelle: www.austrianhealthreport.at



Wiener Ärztekammer übergibt Forderungen zu Honorarverhandlungen

Verhandlungen mit der ÖGK stehen im Zeichen explodierender Kosten und nötiger Innovationen in der Kassenmedizin.

WIEN – Die Wiener Ärztekammer hat ihr Forderungspaket für die bevorstehenden Honorarverhandlungen an die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) übergeben. Die Gespräche finden vor dem Hintergrund massiv steigender Kosten statt, mit denen die Ordinationen konfrontiert sind. „Die Kassenärzte können die Teuerung nicht einpreisen. Die explodierende Inflation muss abgegolten werden“, sagt Johannes Steinhart, Präsident der Ärztekammer für Wien. Zudem drängt er auf weitere Schritte zur Modernisierung der Kassenmedizin, wie beispielsweise eine Flexibilisierung der Ordinationszeiten.

Gesteigerte Kosten

Ganz oben auf der Agenda der Honorarverhandlungen steht die akute Kostenbelastung. Ärzte im niedergelassenen Bereich kämpfen unter anderem mit bis zu 50-prozentigen Preissteigerungen für Materialien des täglichen Bedarfs, wie Ärzterollen für Liegen oder Papierhandtücher. Dazu kommen die höheren Gehälter für Ordinations-


angestellte sowie die Teuerung für Strom und Mieten. Während andere Unternehmen Kostensteigerungen an die Endverbraucher weitergeben können, sind den Kassenordinationen die Hände gebunden. „Der finanzielle Aufwand für die Kollegen steigt an allen Ecken und Enden. Ein Ausgleich ist nach derzeitigem Stand nur im Rahmen der Tarifverhandlungen möglich und muss im Sinne einer fairen Vertragspartnerschaft sein“, so Erik Randall Huber, Obmann der Kurie niedergelassener Ärzte und Vizepräsident der Ärztekammer für Wien.

Kassenmedizin attraktiver machen

Neben dem Teuerungsausgleich bringt die Ärztekammer aber auch eine Reihe von Forderungen in die Verhandlungen mit, um die Kassenmedizin attraktiver und die Versorgung der Patienten effizienter zu gestalten. Konkrete Ansätze dazu sind etwa eine Flexibilisierung der Ordinationszeiten oder die überfällige Umsetzung von multicolor-Gruppenpraxen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Verhandlungen sollen zudem mögliche Auslagerungen von Leistungen sein, um die Spitalsambulanzen zu entlasten. Huber: „Der niedergelassene Bereich hat die Kompetenz und die Infrastruktur, um zahlreiche Leistungen zu über-

nehmen.“ Ein gutes Beispiel sei die Urologie, wo die Ärztekammer kürzlich eine Reihe von Untersuchungen definiert und aufgelistet hat, die von Kollegen in der Niederlassung angeboten werden könnten – sobald es entsprechende Positionen im Leistungskatalog

gibt. Für die Patienten würden sich dadurch die Wartezeiten deutlich verkürzen. Die ÖGK hat zuletzt Gesprächsbereitschaft signalisiert. Die Verhandlungen starten Anfang Dezember. 

Quelle: Ärztekammer für Wien

